

Geschäftsstelle der UOKG

Entschiedenenes Plädoyer für einen „Platz des 17. Juni 1953“ in Berlin

Berlin, 18. Juni 2008

Die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft UOKG e.V. begrüßt die Aussage des Bundestagsvizepräsidenten Wolfgang Thierse, er halte es für angemessen, „einen Platz in „Platz des 17. Juni“ umzubenennen“, um so „Gedenken zu lokalisieren“.

Der soeben begangene 55. Jahrestag des Volksaufstandes gemahnt daran, dem historischen Ereignis auch durch Erinnerungszeichen im Stadtraum einen signifikanten Stellenwert im kollektiven Gedächtnis zu schaffen. Wir schließen uns dem durch die Vereinigung 17. Juni 1953 e.V. in die Diskussion gebrachten Vorschlag an, das Areal vor dem Bundesministerium der Finanzen mit der Bezeichnung „Platz des 17. Juni 1953“ zu versehen.

Die historisch-authentische Singularität dieses speziellen Erinnerungsortes sollte nun nach einer Phase langen Zögerns die Verantwortlichen im Bezirk Berlin-Mitte endlich überzeugen, sich dem Votum des Regierenden Bürgermeisters und Kultursenators Klaus Wowereit anzuschließen, der für die vorgeschlagene Benennung plädiert. Die Argumente sind unwiderlegbar und sprechen für ein zentrales Gedenken an dem Ort, mit dem unmittelbar die Assoziation an historische Spuren des mächtigen Demonstrationzuges verbunden ist, der vor 55 Jahren am damaligen „Haus der Ministerien“ mit dem Ruf nach einem landesweiten Generalstreik dem Widerstandswillen der ostdeutschen Bevölkerung Ausdruck verlieh.

Ein „Platz des 17. Juni 1953“ in Berlin-Mitte, dem Zentrum der deutschen Hauptstadt, wäre eine angemessene Würdigung der Courage von Menschen, die durch ihre Beteiligung am Volksaufstand schon vor Jahrzehnten eine erste Grundlage auf dem Weg zur deutschen Einheit schufen.

gez. Rainer Wagner
UOKG-Vorsitzender